Europa

Bundesbürger fordern mehr E-Government

[29.03.2017] Mehr E-Government seitens der EU-Verwaltungen fordern deutsche Bundesbürger in einer Befragung. Sie erhoffen sich dabei Vereinfachungen beispielsweise bei der Jobsuche oder eine verbesserte Sicherheit in der Union.

60 Prozent der deutschen Bundesbürger sind der Auffassung, dass mehr Online-Services für Bürger und Unternehmen der Europäischen Union angeboten werden sollten. Das hat laut Sopra Steria Consulting eine Umfrage ergeben. Das Unternehmen habe dafür mehr als 4.000 Bürger in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Norwegen befragt. Die Deutschen wünschen sich demnach beispielsweise übergreifende Portale für die EU-weite Jobsuche oder länderübergreifende Online-Dienste, um an Programmen zur beruflichen Weiterbildung teilzunehmen. Ebenso wollen sie, dass Justiz und Polizei beispielsweise durch einen europaweiten Datenaustausch mehr kooperieren, um die Sicherheit zu erhöhen. Vor allem wünschen sich die Befragten in Deutschland mehr Effizienz aus Brüssel, etwa durch weniger Mehrfacheingaben bei digitalen Behördengängen im Falle eines Umzugs in ein anderes Land. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre laut der Befragung aus deutscher Sicht eine EU-weite digitale Identität, die Bürger und Unternehmen nur einmal erfasst und dann grenzüberschreitend zur Verfügung steht. Die übergreifende Zusammenarbeit der Behörden wird laut Sopra Steria Consulting in allen untersuchten Ländern immer wichtiger: In Norwegen haben 67 Prozent und in Frankreich 54 Prozent der befragten Bürger einen Ausbau des Online-Angebots der EU gefordert. In Großbritannien habe die Relevanz des integrierten E-Government-Angebots nach dem Brexit nachgelassen.

(ve)

Stichwörter: Politik, Europa, International, Capgemini, Benchmark